

Nein zu einer Riesensteuer auf dem Energieverbrauch

Die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer zu ersetzen, würde eine grundlegende Veränderung der gegenwärtigen Steuermechanismen mit unvorhersehbaren Folgen auf das Gleichgewicht der Preise und einen massiven Preisanstieg der Produktionskosten bewirken. Ein „Nein“ am 8. März ermöglicht den schweizerischen Unternehmen ruhig weiter zu arbeiten – dies nicht zuletzt auch im Bereich energetischer Verbesserungen.

Eine ökologische Steuer, die 22 Milliarden einbringen soll

Braucht es einen Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer? Diese Frage wird knapp einen Monat vor der Volksabstimmung vom kommenden 8. März in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Der Grund besteht vielleicht darin, dass die Autoren dieser Initiative – die Grünliberalen – selbst nicht glauben, ein derartiger Wandel könnte viele Schweizer überzeugen. Dennoch sollte die Anziehungskraft dieses Vorschlags auf Leute, die von der grossen «Energiewende» träumen, nicht unterschätzt werden.

Der Titel der Initiative ist selbstredend. Im Willen gegen Klimaänderungen zu kämpfen, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen, Energieeinsparungen voranzutreiben und der Schweiz den Weg zur «2000-Watt-Gesellschaft» zu ebnen, wird vorgeschlagen, dass der Bund anstelle der Mehrwertsteuer auf der Einfuhr und der inländischen Erzeugung nicht erneuerbarer Energien eine Steuer erhebt. Der Steuersatz würde entsprechend den Durchschnittseinnahmen der Mehrwertsteuer der letzten fünf Jahre festgesetzt. Auch könnten für die einzelnen Energieträger unterschiedliche Steuersätze festgelegt werden. Ferner wäre es möglich, eine Steuer auf der «grauen Energie», das heisst auf derjenigen Energie, welche zur Fabrikation, dem Transport,

dem Unterhalt sowie dem Recycling von gewissen Gegenständen, Produkten und Materialien benötigt wird, zu erheben.

Bekanntlich folgen die ökologischen Steuern einer eigenen Logik: Wenn das Ziel darin besteht, eine schrittweise Aufgabe der unerwünschten Verhaltensweisen zu begünstigen, führt dies zu einer progressiven Verminderung der Steuerumsätze. Wenn man demgegenüber auf beständige Einnahmen zählen will, ist anzuerkennen, dass es sich um eine «normale» Steuer handelt, ohne Lenkungscharakter. In unserem Fall entspräche die vorgeschlagene Energiesteuer dem zweiten Modell: «Ersatz der Mehrwertsteuer», bedeutet, dem Bund im Endeffekt 35% seiner gewöhnlichen Einnahmen zu generieren, d. h. mehr als 22 Milliarden Franken jährlich. Nehmen die Grünliberalen an, dass sich das Budget des Bundes reduzieren wird, sobald sich die erneuerbaren Energien verbreiten werden?

Massiver Preisanstieg der Produktionskosten und des Transportes

Die Befürworter der Initiative antworten auf diesen grundsätzlichen Einwand mit einer gewissen Verlegenheit, dass der Steuersatz «parallel zur Abnahme des Verbrauchs» erhöht würde, der Wechsel auf erneuerbare Energien «seine Zeit» brauche und wenn der Verbrauch von nicht erneuerbaren Energien tatsächlich

Für Unternehmen, welche im Vergleich mit dem Ausland bereits höhere Lohnkosten kennen, würden die Produktionskosten massiv steigen, was wiederum alle Anstrengungen, welche darauf hinzielen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen zu erhalten, torpedieren würde.

stark abnehmen würde, das «primär ein riesiger Erfolg» wäre. Auch könne in dem Fall «die Energiesteuer in einem zweiten Schritt immer noch auf erneuerbare Energie ausgedehnt werden oder es können andere ökologische Faktoren wie der Bodenverbrauch eingeschlossen werden». Wir sind also gewarnt...

Man will uns glauben lassen, es handle sich um ein Nullsummenspiel. Nun ist es aber tatsächlich äusserst schwer, die Folgen abzuschätzen, die sich daraus für die einzelnen ergäben. Einen Veranlagungsmechanismus, welcher seit über 20 Jahren funktioniert, durch ein komplett anderes System zu ersetzen, stellt eine grundlegende Veränderung in die ökonomischen Modelle von Verbrauch und Produktion dar. Verlockt werden soll man mit dem Argument der Abschaffung der Mehrwertsteuer, welche die Preise erhöht und einen bedeutsamen administrativen Aufwand für Unternehmen zur Folge hat – was zutrifft. Dies würde aber mit einem massiven Preisanstieg der Produktions- und Transportkosten erkaufen.

Die Autoren der Initiative sprechen von einem Betrag von 12 bis 20 Rappen pro Kilowattstunde; der Bundesrat schätzt diese Zahlen als unrealistisch ein – weil das Ziel darin besteht, mehr als 22 Milliarden Franken abzuwerfen – und spricht eher von 33 Rappen pro Kilowattstunde, was 3,30 Franken mehr pro Liter Heizöl oder 3 Franken mehr pro Liter Benzin entspräche.

Wie viele Ausnahmen? Und wer bezahlt den Preis dafür?

Für die Verbraucher wäre es unmöglich vorherzusehen, wo das globale Gleichgewicht der Preise läge. Für Unternehmen, welche im Vergleich mit dem Ausland bereits höhere Lohnkosten kennen, würden die Produktionskosten

massiv steigen, was wiederum alle Anstrengungen, welche darauf hinzielen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen zu erhalten, torpedieren würde. Die Befürworter der Initiative erkennen dieses Problem und erwähnen mögliche Ausnahmen, eine eventuelle Erstattung der Steuer für exportierte Produkte, eine partielle Befreiung bestimmter Unternehmen, welche sich gezwungen sähen ihre Produktion ins Ausland auszulagern. Indes bleiben diese Absichtserklärungen undeutlich. Man kann erahnen, dass die Erleichterungsforderungen schnell zahllos und unkontrollierbar würden. Vor allem müsste die Gewährung dieser «Geschenke» eine starke Erhöhung des Steuerbetrags für jene Unternehmen, die der Steuer weiterhin unterstehen würden, zur Folge haben.

Dieser Sprung ins Ungewisse ist abzulehnen. Begegnen wir dem ein wenig verrückten Vorschlag der vollständigen Umwälzung des schweizerischen Steuersystems und seiner langjährigen Mechanismen mit einem entschiedenen Nein. Damit verhindern wir massive Preisschübe in der Produktion. Im Gegensatz zu dem, was die Befürworter zu denken scheinen, bedeutet die Ablehnung der Initiative keineswegs Uninteressiertheit in Bezug auf die wichtigen Herausforderungen im Energiebereich, mit welchen man sich auseinandersetzen muss. Bereits heute interessieren sich viele Betriebe für die Entwicklung neuer sauberer Energietechnologien oder unternehmen beträchtliche Anstrengungen im Hinblick auf die Verbesserung ihrer eigenen Energiebilanz. Am besten man lässt diese weiter daran arbeiten.

(PGB/EGF)

Für weitere Informationen:
<http://energiesteuer-nein.ch>